



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 102. Ratssitzung vom 10. Juli 2024

3484. 2024/266

**Dringliches Postulat von Severin Meier (SP), Selina Walgis (Grüne), Tanja Maag (AL) und 16 Mitunterzeichnenden vom 05.06.2024:
Humanitäre Situation in Gaza, Beitrag an die «United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East» (UNRWA) oder eine andere internationale Organisation**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Severin Meier (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3301/2024): Wir wissen alle, dass die humanitäre Situation in Gaza verheerend ist. Laut Angaben der UNO leben 80 Prozent der Menschen, die weltweit an der schlimmsten oder zweitschlimmsten Form von Hunger leiden, in Gaza. Angesichts dieser katastrophalen humanitären Situation fordern wir den Stadtrat auf, zu prüfen, wie schnellstmöglich eine substantielle Spende zugunsten der United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (UNRWA) oder einer anderen internationalen Organisation oder Nichtregierungsorganisation (NGO) mit entsprechenden Kapazitäten getätigt werden kann. Selbstverständlich sind die terroristischen Angriffe der Hamas vom 7. Oktober 2023 aufs Schärfste zu verurteilen und selbstverständlich sind die Verletzungen des humanitären Völkerrechts, die seither von der israelischen Armee begangen wurden, aufs Schärfste zu verurteilen. Die Stadt Zürich kann weder den Terror der Hamas beenden, noch kann sie Respekt vor dem humanitären Völkerrecht einfordern. Sie kann aber Geld sprechen, um die humanitäre Not in Gaza zu lindern. Der Bundesrat hat den Betrag von 20 Millionen Franken, der an die UNRWA gehen sollte, halbiert. Für die Bevölkerung in Gaza ist das verheerend. Dass die UNRWA im Gebiet von Gaza unerlässlich ist, bestätigen sowohl der Bundesrat als auch der sogenannte Colonna-Bericht, der vom UNO-Generalsekretär in Auftrag gegeben wurde. Die UNRWA ist mit 13 000 Mitarbeitenden mit Abstand der grösste humanitäre Akteur in Gaza. Die nächstgrösseren, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und das UNO-Welternährungsprogramm, haben 190 und 29 Mitarbeitende. Im Gazastreifen leben 2,2 Millionen Menschen. Um sie zu versorgen, braucht es etablierte humanitäre Strukturen, die über die Jahre gewachsen sind. Der Colonna-Bericht hat die UNRWA von dem Vorwurf Israels, wonach zwölf ihrer Mitarbeitenden am Terrorangriff beteiligt gewesen seien, entlastet. Verbesserungsbedarf fand der Bericht trotzdem: In UNRWA-Schulen tauchten Schulbücher auf, die höchst problematische Inhalte verbreiten. Ausserdem posteten



UNRWA-Mitarbeitende schlimme Dinge zum 7. Oktober 2023 auf den sozialen Medien. Das ist klar zu verurteilen. Wir stehen vor einer komplexen moralischen Frage, die eine klare Antwort hat. Die UNRWA hat wie im Colonna-Bericht dargestellt gewisse Probleme. Aber sie ist die einzige humanitäre Organisation, die im Moment in der Lage ist, die 2,2 Millionen Menschen mit humanitärer Hilfe zu versorgen. Die meisten Regierungen haben ihre Zahlungen an die UNRWA bis zur Veröffentlichung des Colonna-Berichts eingestellt. Nach der Publikation haben die meisten grossen Länder, mit Ausnahme Grossbritanniens und der USA, ihre Zahlungen wieder aufgenommen. Dass die Schweiz nur die Hälfte der vorgesehenen Gelder spricht, ist ein Skandal. Die Städte müssen nun einspringen, um den fehlenden Betrag zu kompensieren. Genf hat einen Kredit von 500 000 Franken bewilligt. Wir hoffen auf Annahme des Postulats und eine schnelle Behandlung durch den Stadtrat.

Karin Weyermann (Die Mitte) begründet den namens der Die Mitte/EVP-Fraktion am 19. Juni 2024 gestellten Ablehnungsantrag: *Wir lehnen das Postulat ab, weil Aussenpolitik Sache des Bundes ist. National-, Stände- und Bundesrat haben sich ausführlich damit beschäftigt, wie viel Geld für die humanitäre Katastrophe in Gaza gesprochen werden soll. Die Stadt Zürich hat da nichts zu sagen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STR Corine Mauch: *Am 7. Oktober 2023 hat die Hamas Israel mit Raketen angegriffen, über 1200 Menschen ermordet und über 200 Geiseln genommen. Seither kämpft die israelische Armee gegen die Hamas. Wie es Severin Meier (SP) ausgeführt hat, sind jeglicher Terror und jegliche Menschenrechtsverletzungen aufs Allerschärfste zu verurteilen. Der Stadtrat hat im Oktober 2023 alle Akteure zum Schutz der Zivilbevölkerung aufgefordert und seiner Hoffnung auf ein baldiges Ende der Gewalt Ausdruck verliehen. Im Januar 2024 hat der Stadtrat einen finanziellen Beitrag von je 100 000 Franken zugunsten der «Schweizer Freunde des Magen David Adom» zur Unterstützung der israelischen Bevölkerung und zugunsten der Glückskette zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung gesprochen. Wir hoffen auf ein Ende der Gewalt. Wir hoffen, dass das Sterben im Nahen Osten ein Ende findet. Wir hoffen, dass ein gerechter Frieden für alle möglich wird. Obwohl wir auf der Kommunalebene sind, können wir etwas beitragen. Wir können unsere Hoffnung ausdrücken, Antisemitismus und Islamophobie entschieden entgegenzutreten und im Rahmen unserer Möglichkeiten einen Beitrag vor Ort leisten. Die Folgen des Kriegs sind für die Zivilbevölkerung verheerend. Über 1,9 Millionen Menschen mussten ihre Häuser verlassen und wurden vertrieben. 25 000 oder sogar 35 000 Menschen, je nach Quelle, sind gestorben und weite Teile des Gazastreifens sind zerstört. Der Zugang zu Nahrung, sauberem Trinkwasser und medizinischer Versorgung ist dramatisch eingeschränkt. Gemäss dem Welternährungsprogramm der UNO leidet die gesamte Bevölkerung in Gaza Hunger. Das sind etwa 2,2 Millionen Menschen. 22 Prozent der Bevölkerung sind von katastrophalem Hunger betroffen. Von katastrophalem Hunger spricht die UNO erst dann, wenn es praktisch keine Möglichkeit mehr gibt, Essen oder Wasser aufzutreiben. Mahlzeiten können nur noch improvisiert werden, sei es in Form*



eines dünnen Süppchens oder eines Stücks Brot. Die humanitäre Situation in Gaza ist katastrophal, das menschliche Elend riesig. Das ist ein Fakt, keine Parteinahme für die eine oder andere Seite. Unter dieser Prämisse ist der Stadtrat bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen. Wir müssen tun, was wir können, um zu helfen. Organisationen wie das IKRK bestätigen, dass die UNRWA zurzeit die einzige Organisation ist, die humanitäre Hilfe vor Ort leisten kann. Der Stadtrat wird diesem Aspekt bei der Prüfung des Postulats Rechnung tragen. Das Geld soll dort ankommen, wo es ankommen muss. Wir stellen fest, dass der unabhängige UNO-Bericht unter der Führung von Catherine Colonna keine gravierenden Missstände innerhalb der UNRWA aufgedeckt hat. Auch darum haben Länder wie Kanada oder die EU die Zahlungen wieder aufgenommen. Es ist wichtig, dass wir uns das schreckliche Leid der Zivilbevölkerung vor Augen halten und nicht polemischer Stimmungsmache verfallen. Auch Antisemitismus und Islamophobie, die in der Gesellschaft wieder zunehmen, haben hier keinen Platz. Ich bitte Sie, auf polemische und provokative Voten zu verzichten. Sie leisten damit keinen konstruktiven Beitrag zu dieser Situation. Wir können einen Beitrag leisten und wollen es auch tun.

Sven Sobernheim (GLP): *Beim indirekten Gegenvorschlag zur 1%-Initiative gegen die globale Armut haben wir auf und ab diskutiert, dass wir den Bund in der Entwicklungshilfe nicht ersetzen, sondern ergänzen bzw. uns ihm anschliessen sollten. Da der Bund in Sachen UNRWA alle zwei Monate seine Meinung ändert, beantragen wir folgendes: Die UNRWA soll aus dem Postulatstext gestrichen werden. Der Text soll lauten: «Angesichts der humanitären Situation in Gaza wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, wie schnellstmöglich ein substanzieller Beitrag oder eine substanzielle Spende zugunsten internationaler Organisationen und NGOs mit den notwendigen Kapazitäten ausbezahlt bzw. getätigt werden kann.» Wenn die Postulanten die Textänderung annehmen, stimmen wir zu.*

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): *Man merkt angesichts der vielen Fussnoten, Referenzen und Quellenangaben sofort, dass dieser Vorstoss von der linken Bildungselite geschrieben wurde. Interessant ist aber, dass eine einzige Behauptung ohne Quellenangabe gemacht wird: In Gaza herrsche eine Hungersnot, an der schon mindestens 27 Kinder gestorben seien. Die Quelle wurde nicht angegeben, weil die Information vom palästinensischen Gesundheitsministerium kommt, das von der Hamas kontrolliert wird. Diese Behauptung nicht zu hinterfragen, sondern in einen politischen Vorstoss hineinzuschreiben, geht gar nicht. Neutrale Experten und renommierte Kriegsreporter bezweifeln diese Information vehement. Kurt Pelda berichtet sogar von sinkenden Brotpreisen in Gaza und der Tatsache, dass Israel mehr als genug Lebensmittel die Grenzen passieren lasse. Die UNRWA, die in den Genuss von Stadtzürcher Steuergeldern kommen soll, wurde im Jahr 1949 als temporäres Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge gegründet. Heute, 75 Jahre später, hat sie 13 000 Angestellte. Ich habe gelesen, dass es noch viel mehr sind. Von diesen kollaborieren zahlreiche mit der Hamas. In den sozialen Medien haben die Mitarbeiter der UNRWA den Anschlag vom 7. Oktober 2023 gefeiert. Ein Post lautete: «Brennt Juden,*



4 / 4

brennt». Ein weiterer schrieb «O Allah, hilf den Märtyrern im Kampf gegen die Ungläubigen». In UNRWA-Fahrzeugen wurden Terroristen und Waffen transportiert, in UNRWA-Schulen werden Waffen gelagert und Hass gegen Israel geschürt. Der Hamas-Chef wurde in einer solchen Schule ausgebildet. In Anbetracht der anti-israelischen Einstellung der UNO erstaunt das alles nicht wirklich. In den letzten zehn Jahren hat die Generalversammlung der UNO 140 Resolutionen gegen Israel, das einzige demokratische Land im Nahen Osten, erlassen. Gegen Nordkorea wurde eine Resolution erlassen, gegen Saudi-Arabien und China keine. Das sind die Länder, in denen die Menschenrechte nicht respektiert werden. Den Argumenten der Stadtpräsidentin und der rot-grünen Allianz zur UNO schenke ich also keinen Glauben. Erstaunlich ist, dass diese Allianz, die sonst immer laut gegen Hass und Diskriminierung aufschreit, im Fall der Juden still ist. Antisemitismus und Islamophobie werden im selben Atemzug genannt, als könnte man die beiden gleichsetzen. In Zürich sehe ich nur antizionistische, antisemitische Schmierereien an den Wänden, keine islamophoben Sprüche. Polemik macht hier nur Rot-Grün.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 103, Beschluss-Nr. 3484/2024).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat